

Gemeinsame Erklärung von BUND NRW, DGB NRW, Institut Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, LAG21 NRW e.V. und NABU NRW

Die Energiewende in NRW zum Erfolg führen

Wir sehen mit Sorge, dass der Umsetzungsprozess der Energiewende ins Stocken gerät. Der von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragene Umbau der Energieversorgung zu einem langfristig weitgehend kohlenstofffreien auf erneuerbaren Energieträgern beruhenden Energiesystem ist die Basis für eine generationenübergreifende, sozialgerechte, zukunftsfähige Entwicklung. Das Ziel ist eine risikoarme, bezahlbare, klima- und umweltfreundliche und sichere Energieversorgung. In der Gestaltung der Energiewende sehen wir das gesellschaftliche und politische Projekt der nächsten Jahrzehnte. Wir unterstützen den Anspruch einer nachhaltigen Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie die anspruchsvollen Ziele der Landesregierung im Bereich der Klima- und Energiepolitik, wie sie im Koalitionsvertrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung und im Klimaschutzgesetz NRW formuliert sind.

Zugleich ist zu konstatieren, dass der Motor der Energiewende in Deutschland und in Europa ins Stottern geraten ist und auf allen drei Ebenen der Nachhaltigkeit – ökologisch, ökonomisch und sozial – Fehlentwicklungen zu beobachten sind: der Ausstoß von Treibhausgasen wie der Energieverbrauch sind in den letzten Jahren wieder gestiegen. Geschäftsmodelle in der Energiewirtschaft funktionieren nicht mehr, ohne dass ein tragfähiger Übergang für Unternehmen und Beschäftigte gewährleistet ist. Die Lasten und Kosten der Energiewende sind ungerecht verteilt. Die Dynamik des Ausbaus der Erneuerbaren droht aufgrund von Deckelungen und steigenden Investitionsunsicherheiten zu erlahmen. Investitionen in die Einsparung von Energie werden vernachlässigt.

Ein Teil der Probleme ist auf eine zögerliche und widersprüchliche Bundespolitik in der vergangenen Legislaturperiode zurückzuführen. Doch auch aktuelle politische Vorstöße aus Berlin und Brüssel laufen einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende in NRW zuwider:

- Die neue Bundesregierung hat der schnellen und entschlossenen Umsetzung der Energiewende eine hohe Priorität eingeräumt, was wir begrüßen. Die Eckpunkte des Bundeswirtschaftsministeriums drohen aber in Teilen durch die geplante Deckelung der Windenergie an Land den Ausbau der Erneuerbaren Energien in NRW zu bremsen.
- Eine rückwirkende von Minderung von Fördersätzen verunsichert Investoren.
- Das eingeleitete EU-Beihilfverfahren gegen Ausnahmen von der EEG-Umlage droht jene Branchen der energieintensiven Industrie zu gefährden, die im weltweiten Wettbewerb stehen.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Klimapolitik für die kommenden Jahrzehnte und die Abkehr von konkreten, anspruchsvollen Zielen im Bereich der THG-Reduktion, der Erneuerbaren und der Energieeffizienz leisten europaweit der Atompolitik Vorschub und bremsen den Ausbau der Erneuerbaren. Das nicht vorhersehbare Verändern von Zielen in einem langfristigen Umbauprozess führt zu Verunsicherung und verhindert Investitionen in sichere und nachhaltige Energieerzeugung.

Das Europäische Emissionshandelssystem muss fortentwickelt und international abgestimmt werden.

NRW droht industrie- und beschäftigungspolitisch zum Verlierer zu werden:

Die industriepolitische Perspektive, NRW könne als Ausrüster der europäischen Energiewende erheblich vom Umbau profitieren, gerät in Gefahr.

Statt des dringend benötigten Beschäftigungsaufbaus im Bereich der Erneuerbaren, der Energieeffizienz, der Netz- und Speichertechnik droht Personalabbau gerade in energie- und außenhandelsintensiven industriellen Kernbranchen, in denen Gute Arbeit der Standard ist.

Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung sind Überlegungen zur Reduzierung der Kraftwerkskapazitäten und damit zum Personalabbau bereits Realität, neue Geschäftsmodelle entwickeln sich zu langsam.

NRW ist ein Industrieland, das sich auf den Weg in eine neue energiepolitische Zukunft gemacht hat. Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen Kurs bei der Umsetzung der Energiewende einzusetzen, der NRW nicht benachteiligt.

Anzustreben ist dabei:

- ein Gesetz, das auf Bundesebene den Ausstieg aus der Atomkraft energie- und klimapolitisch flankiert sowie die Sicherheit, Verbindlichkeit, Zukunftsfähigkeit und damit die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende gewährleisten kann;
- ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, ein Masterplan zur Energiewende, der Ziele, Maßnahmen und Zeitplan des Umbaus der Energieversorgung auf Bundes- und Länderebene festlegt und durch ein fachkundiges, unabhängiges Gremium regelmäßig evaluiert wird;
- eine baldige Klärung mit der EU-Kommission, dass das EEG und angemessene Stromkostenentlastungen von im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen keine Beihilfe sind. Unternehmen, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit nachweislich gefährdet würde, sollten weiterhin Entlastungen erhalten;
- eine deutliche Stärkung von Energieeffizienzmaßnahmen, die gerade in der Bauwirtschaft und im Handwerk neue Arbeitsplätze schaffen;
- dass die Kosten der Energiewende sozial gerecht aufgeteilt werden und Arbeitsplätze in NRW gesichert werden
- ein zügiger Netzaus- und -umbau. Dabei muss sich der Netzausbau an den Anforderungen der Erneuerbaren Energien ausrichten, aber auch Versorgungssicherheit garantieren;
- eine ernsthafte und konkrete Bearbeitung der Konflikte zwischen dem Zubau Erneuerbarer-Energie-Anlagen und dem Schutz der Natur mit dem Ziel der Eindämmung unerwünschter Folgen;
- eine sozialgerechte Verteilung der Kosten der Energiewende, die einkommensschwache Haushalte bei steigenden Energiepreisen (Kraftstoff, Wärme und Strom) unterstützt.
- Das Europäische Emissionshandelssystem muss im Sinne der Energiewende fortentwickelt und perspektivisch international abgestimmt werden.

Die Energiewende ist ein gesellschaftliches Solidarprojekt. In der laufenden Legislaturperiode muss es Politik und Gesellschaft gelingen, die Energiewende in Deutschland dynamisch voranzubringen, um die Ziele des Klimaschutzes und einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen und die Chancen der Energiewende für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung in NRW zu nutzen.

Klaus Breyer
Leiter des Instituts für
Kirche und Gesellschaft der
Evangelischen Kirche von
Westfalen

Andreas Meyer-Lauber
Vorsitzender DGB NRW

Dr. Klaus Reuter
Geschäftsführer der LAG21 NRW e.V.

Holger Sticht
Vorsitzender BUND NRW

Josef Tumbrinck
Vorsitzender NABU NRW

